

Antrag Nr. 15/105

öffentlich

Datum: 08.05.2023
Antragsteller: Die Linke.

Krankenhausausschuss 3	08.05.2023	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 2	09.05.2023	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 4	10.05.2023	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 1	11.05.2023	empfehlender Beschluss
Gesundheitsausschuss	12.05.2023	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	13.06.2023	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Änderungsantrag zur "Resolution für die Regulierung der
Arbeitnehmerüberlassung im Gesundheits- und Sozialwesen"**

Beschlussvorschlag:

1. **Ergänzung** nach dem 3. Absatz („...*Entsolidarisierung innerhalb der Mitarbeiterschaft*“):

„Krankenhauseigene Kosten, die Flexibilität der Dienstplangestaltung und Ausfallsicherheit der eigenen Pflegekräfte sicherstellen sollen und nicht tariflich vereinbart wurden, wie Rufbereitschaften und Höhergruppierungen in Poollösungen, Sonderzahlungen beim Einspringen u.v.m. sind folgerichtig im Pflegebudget vollständig zu refinanzieren.“

2. **Streichen** im 5. Absatz (4. und 5. Zeile):

„Im Arbeitsfeld der Psychiatrie wird diese Situation noch verschärft

durch die Mindestpersonalvorgaben in der Psychiatrie und Psychosomatik.“

Ergebnis:

Die Beratungsgrundlage wurde zurückgezogen.

Begründung:

Das vorrangige Ziel der Politik muss sein, die Arbeitsbedingungen für die Stammebelegschaften zu verbessern.

zu 1) Übernommen aus den „Positionen der Deutschen Krankenhausgesellschaft zur Leiharbeit im Krankenhaus“. Die Situation der Stammebelegschaften soll verbessert werden.

zu 2) Die Mindestpersonalvorgaben sind für die Sicherung der Qualitätsanforderungen und den Arbeitsschutz der Beschäftigten unabdingbar.

Wilfried Kossen